

**Antwort
der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Andrea Lederer und der Gruppe
der PDS/Linke Liste
— Drucksache 12/2556 —**

Raumfahrtpark Peenemünde

Mit Mitteln aus dem Etat des Bundesministeriums für Forschung und Technologie unterstützt die Bundesregierung die Stiftung eines „Raumfahrtpark Peenemünde“. Die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie, unter anderem die Deutsche Aerospace, sowie Vertreter der Bundesregierung, darunter der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft, Dr. Erich Riedl, beabsichtigen, die ehemalige „Heeresversuchsanstalt“ in Peenemünde, jener Forschungsstätte des Völkermordes, von der aus die nationalsozialistischen Kriegsverbrecher die ersten ballistischen Raketen V-1 und V-2 für ihren „Endsieg“ gegen Ziele in Großbritannien starteten, zu einem „Raumfahrtpark“ umzuwidmen.

1. Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Wirtschaft, Dr. Erich Riedl, „Peenemünde könnte in Deutschland und über Deutschland hinaus in der ganzen Welt ein Begriff werden“ (Vorpommern-Rundschau, 12. Februar 1992)?

Der Bundesregierung ist dieses Zitat nicht bekannt. Sie kennt jedoch Überlegungen insbesondere des Landes Mecklenburg-Vorpommern, die Region um Peenemünde und die Insel Usedom durch eine informative Freizeit- und Bildungseinrichtung zur Raumfahrt als musealen und touristischen Anziehungspunkt mit entsprechenden wissenschaftlichen Einrichtungen bei ihrer technologischen und wirtschaftlichen Entwicklung zu unterstützen. Ausgangspunkt für einen solchen Raumfahrtpark soll nach diesen Überlegungen das bereits von der Gemeinde eingerichtete historische Raumfahrtmuseum sein.

2. Ist die Bundesregierung darüber hinaus der Auffassung, ausgerechnet Hitlers Heeresversuchsanstalt Peenemünde, in der führende deutsche Raumfahrtwissenschaftler in den Diensten der Nationalsozialisten Raketen für den „Endsieg“ entwickelten und Ziele in Großbritannien angriffen, in der historischen Kontinuität der deutschen Luft- und Raumfahrt einen würdigen Platz einzuräumen?
3. Hält die Bundesregierung die Stiftung „Raumfahrtpark Peenemünde“, deren Kosten sich auf 20 Mio. DM beziffern sollen, tatsächlich für einen „Geburtsort der Raumfahrt“, wie es in einem Werbeprospekt heißt, und ist der Bundesregierung die Tatsache bekannt, daß wahrscheinlich Hunderte Menschen des Konzentrationslagers „Dora“ bei Nordhausen, die die Todesraketen bauen mußten, während ihrer Arbeit ums Leben kamen?

Die Bundesregierung geht davon aus, daß die Landesregierung und die an den Überlegungen Beteiligten sich der historischen Sensibilität voll bewußt sind.

Hinsichtlich der Finanzierung ist der Bundesregierung bekannt, daß gegenwärtig verschiedene Möglichkeiten für die Förderung der technologischen und wirtschaftlichen Entwicklung dieser Region von der Landesregierung und anderen interessierten Stellen geprüft werden.

4. Wie steht die Bundesregierung zu Forderungen, die ehemalige Todesfabrik in Peenemünde als Mahnmal und Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus und als Symbol des Völkermordes einzurichten?

Der Opfer des Nationalsozialismus und der Kriegshandlungen wird in der Region um Peenemünde in Mahnmalen wie beispielsweise im Seebad Ahlbeck und auf Usedom gedacht. Forderungen nach der Einrichtung eines weiteren Mahnmals sind nicht bekannt.

5. Unterstützt die Bundesregierung die Vorhaben der Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern, den 3. Oktober dieses Jahres in Peenemünde gleichzeitig als Tag der Deutschen Einheit und dem 50. Jahrestag des ersten erfolgreichen Starts einer ballistischen Rakete zu feiern?

Die Bundesregierung sieht zwischen dem Tag der Deutschen Einheit und dem 50. Jahrestag des ersten Raketenstarts keinen Zusammenhang.